

Vorlage L 61/17

für die Sitzung der Deputation für Bildung am 27.11.2008

Bericht: „Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II“

A. Problem

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben folgenden Antrag gestellt (Drs. 17/346 vom 07.04.2008):

„Stärkung der Politischen Bildung in Schulen“

„Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf mündige, kritische Bürgerinnen und Bürger, die in der Lage sind, selbstbewusst ihre Lage in der Gesellschaft mitzugestalten und sich über den bloßen Wahllakt hinaus politisch zu engagieren.

Bürgerschaftliche und politische Beteiligung kann jedoch nur gelingen, wenn die Akteure politische Prozesse verstehen und beurteilen können und Partizipation gelernt haben. Dies gilt insbesondere für Erstwählerinnen und –wähler, die sich zukünftig schon nach Vollendung ihres 16. Lebensjahres aktiv an kommunalen/lokalen Wahlen beteiligen dürfen.

Die vorrangige Einrichtung, in der junge Menschen politische Partizipation lernen können, ist nach wie vor der Politikunterricht an unseren Schulen. Hier müssen im Rahmen kontinuierlichen Lernens die wesentlichen Kompetenzen bereits zum Ende der Sekundarstufe I erworben werden, da die meisten Jugendlichen zu diesem Zeitpunkt das allgemeinbildende Schulsystem verlassen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen: Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der Politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II, zu entwickeln und bis zum Schuljahresende der Bürgerschaft vorzulegen.“

Hierzu wurden drei **Änderungsanträge** gestellt (Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 07.05. 2008, Drs. Nr. 17/393/ Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 06.05.08 Drs 17/383 und Änderungsantrag der Fraktion SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen, Drs. Nr. 17/447 vom 05.06.2008).

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen auf ihrer Sitzung am 05.06.2008 mit folgendem Wortlaut beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II, zu entwickeln und bis spätestens Ende Oktober 2008 der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen.“

B. Lösung

Der beigefügte Bericht wird an die Bremische Bürgerschaft weitergeleitet.

C. Finanzielle / Personelle Auswirkungen / Gender-Relevanz

Die Stärkung politischer Bildung ist unter dem Gender-Aspekt von besonderer Bedeutung für die nachhaltige Herausbildung eines Verständnisses vom Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Ausbildung einer positiven und aktiven Haltung dazu. Kenntnisse der historischen Entwicklung der Rechte der Frauen und des Leitbilds der Gleichstellung sowie die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich-politischen Aspekten der Geschlechtsrollen müssen von einer Stärkung der politischen Bildung profitieren.

Aus dem Bericht resultieren keine direkten finanziellen Auswirkungen. Diese sind bei Umsetzung der konzeptionellen Vorschläge im Hinblick auf angesprochene Qualifizierungsmaßnahmen und die Einrichtung eines „Beirates für politische Bildung, Demokratie-Lernen und Partizipation“ zu erwarten.

D. Beschlussvorschlag:

Die Deputation stimmt dem beigefügten Bericht „Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II“ zu und bittet um Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

In Vertretung

Carl Othmer

Staatsrat